

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Hauptstadt Sachsen  
Grunz Nr. 20

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim  
Landesgericht zu Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Meißen

Verlagsort: Dresden 1539  
Grunz Nr. 52

Nr. 267.

Freitag, 16. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 10. 11. bis 16. 11. 200 Milliarden M. einschließlich  
Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen  
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für  
die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 200 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag, feste Tarife.  
Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Schlußfrist für  
„Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

## Zur Ausgabe der Rentenmark.

### Der Kurs der Rentenmark.

Eines der schwierigsten Probleme bei der Einführung der Rentenmark in den Verkehr ist die Festlegung eines Kurzes, d. h. die Bestimmung ihres Verhältnisses zum Papiermark und den ausländischen Währungen. Da die Papiermark vornehmlich noch geräumte Scheine in großen Schwankungen ausgeht, kann man sich zunächst nur darum handeln, die Rentenmark zu einem festen Verhältnis zu den Goldmarken zu setzen. Die Deutsche Bank hat sich für ein Verhältnis von 1000 Papiermark zu 1 Rentenmark entschieden, so daß 1.200 Rentenmark einem Dollar gleichwertig werden.

Die nunmehr zur Ausgabe gelangte Rentenmark wird an den öffentlichen Stellen zur Bezahlung von Goldmarkbeträgen (Eisenbahntarifen, Zinsen, Landabgabe usw.) als Goldmark, für die in Papiermark berechneten Beträge zu dem amtlichen, täglich bekannt gemachten Umrechnungskurs für Reichssteuer, d. h. 600 Milliarden M., angenommen.

### Der Verwaltungsrat der Rentenbank beim Reichskanzler.

Am gestrigen ersten Ausgabetag der Rentenmark empfing der Reichskanzler Verwaltungsrat und Vorstand der Deutschen Rentenbank. Aus Kreisen des Verwaltungsrates wurde vor allem auf die Notwendigkeit einer auswärtigen Politik hingewiesen, die der stark herabgeminderten deutschen Wirtschaftskraft entspreche, ferner auf die Notwendigkeit der Ausbalancierung des Reichshaushaltes, wobei unter Hintanhaltung aller Parteirücksichten und unbedingte Sparmaßnahmen ordnen werden müsse. Notwendig sei der Abbau des Beamtenapparates, die Vereinfachung aller produktionshindernden Steuern und statt dieser die Einführung weniger, verständlicher und einträglichere Steuern, die Vereinfachung der Finanzen der Länder und Gemeinden unter der Oberaufsicht des Reiches, aber unter der eigenen Verantwortlichkeit, die Loslösung der Reichsbetriebe aus dem allgemeinen Etat, die Voraussetzung für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels sei und die Vervollständigung der Zahlungsbilanz, die nur durch Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne. Deshalb müsse die deutsche Produktion wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. In diesem Zusammenhang sei eine Verringerung des Arbeitszeitgesetzes und die Bekämpfung von Tarifverträgen erforderlich. Eine vollständige Umstellung der Erwerbslosenfürsorge werde sowohl der Wirtschaft wie einer Entlastung des Reichshaushaltes zugute kommen. Die dem Reich zur Entlastung der Schatzkammern und zur Ausbalancierung des Etats gegebenen Kredite in Höhe von 1200 Millionen Mark stellten das Neueste dar, was nach der geltenden Verordnung zur Verfügung stehe. Die Reichsregierung müsse unter allen Umständen mit diesen Mitteln auskommen.

Der Reichskanzler stimmte den wesentlichen Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrates zu. Er betonte, die Reichsregierung werde sich innerhalb der durch die Verordnung gesetzten Grenzen für die Fälligkeit und Kredite halten. In den nächsten Tagen seien wichtige Maßnahmen veröffentlicht werden, die Teile der hier vorgetragenen Wünsche der Erfüllung näher brächten. Erörtert wurde auch die Frage, wie die Rentenmark möglichst rasch in den Verkehr gebracht werden könnte. Der Bundespräsident habe zwar die Verleihung um einige Tage verzögert, indessen könne damit gerechnet werden, daß auch, abgesehen von den Zahlungen des Reiches, in den nächsten Tagen nicht unerhebliche Beträge zur Einführung von Papiermark in den Verkehr bereitgestellt würden.

### 100 Millionen Rentenmark für das besetzte Gebiet.

Das Reichsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von dem gesamten Kredit, der dem Reich in Höhe von 900 Millionen Rentenmark von der Deutschen Rentenbank zur Verfügung gestellt wird, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortsetzung der Reichskredite an die besetzten Gebiete insbesondere der Erwerbslosenunterstützung bereit zu stellen.

### Rentenmark und Goldanleihe unterliegen der Devisenbeschränkung.

Die Reichsregierung erläßt eine Verordnung, durch die die Devisenbeschränkung, sowie die Valutafestsetzungsverordnung und das Markverkaufsverbot auf die Rentenmark, die Goldanleihe und das wertbeständige Notgeld ausgedehnt werden. Danach unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen die genannten inländischen Zahlungsmittel den gleichen Beschränkungen wie der Erwerb gegen Reichsmark. Die Verleihung ausländischer Geldsorten mit den genannten Zahlungsmitteln ist verboten, die Verleihung ausländischer Devisen mit ihnen ist meldepflichtig. Ausländische Personen oder Personenvereinigungen dürfen Kredite, die auf die erwähnten Zahlungsmittel lauten, nur mit Zustimmung der Reichsbank eingezahlt werden. Ausländische Zahlungsmittel dürfen gegen Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld zur Beschaffung von Einfuhrwaren nur erworben werden, soweit der Erwerber ohne diese Beschaffung seinen Betrieb nicht jeweils 2 Monate fortführen kann. Schließlich ist verboten, Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständigem Notgeld mittelbar oder unmittelbar nach dem Auslande zu verkaufen, soweit die Beträge den Wert von 10 Pfund im Einzelfalle übersteigen.

### Die Ausprägung von Rentenpfennigen.

Der Reichsminister der Finanzen Dr. Luther hat folgende Bekanntmachung über die Ausprägung von Münzen im Nennbetrage von 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennigen erlassen. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten

über die Ausprägung von Münzen vom 8. November 1923 werden im Einvernehmen mit der Deutschen Rentenbank Münzen im Nennbetrage von 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennigen mit folgender Anlage hergestellt:

Die im letzten Ring geränderten Münzen im Nennbetrage von 1 und 2 Rentenpfennigen bestehen aus einer Legierung von 95 Teilen Kupfer, 4 Teilen Zinn und 1 Teil Zink. Das Einpfennigstück erhält einen Durchmesser von 17,5 Millimeter und ein Gewicht von 2 Gramm. Das Zweipfennigstück erhält einen Durchmesser von 20 Millimeter und ein Gewicht von 3,33 Gramm. Die Münzen tragen auf der Schriftseite innerhalb des aus einem hohen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes in Antiqua in der oberen Hälfte die Aufschrift „Deutsches Reich“ und davon durch Rosetten getrennt in der unteren Hälfte die Umschrift „Rentenpfennig“. In der Mitte steht in arabischen Ziffern die Wertbezeichnung „1“ bzw. „2“, die von der Umschrift durch eine erhabene Kreislinie getrennt ist. Auf der Schmalseite befindet sich in der Mitte innerhalb des aus einem hohen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes eine aufrechtstehende Zehnerringe, rechts und links davon verteilt die Jahreszahl und am unteren Rande das Münzzeichen.

Die im letzten Ring geränderten Münzen im Nennbetrage von 5, 10 und 50 Rentenpfennigen bestehen aus einer Legierung von 91,5 Teilen Kupfer und 8,5 Teilen Aluminium. Das Fünfpfennigstück erhält einen Durchmesser von 18 Millimeter und ein Gewicht von 2,5 Gramm. Das Zehnpfennigstück erhält einen Durchmesser von 21 Millimeter und ein Gewicht von 4 Gramm. Das Fünfzigpfennigstück erhält einen Durchmesser von 24 Millimeter und ein Gewicht von 5 Gramm. Auf der Schriftseite tragen die Münzen innerhalb des aus einem hohen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes in der oberen Hälfte die Umschrift „Deutsches Reich“ und davon durch Rosetten getrennt in der unteren Hälfte die Umschrift „Rentenpfennig“. In der Mitte umgibt ein auf die Spitze gestelltes Quadrat, dessen Seiten durch je ein Einheitsblatt verzerrt sind, die in arabischen Ziffern andgedruckte Wertbezeichnung „5“, „10“ bzw. „50“. Auf der Schmalseite befindet sich innerhalb des aus einem hohen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes gestreute Ornamente mit je drei Zehnen an jeder Seite und darüber am oberen Rande das Münzzeichen. Am unteren Rande, der durch einen Querschnitt getrennt ist, steht die Jahreszahl.

## Kommunistischer Terror im Landtag.

16. Dresden, 15. November.

In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages lehnten die Kommunisten den Terror, der schon in der Sitzung des vergangenen Dienstags zu wiederholten Unterbrechungen der Beratungen und schließlich zu deren Abbruch führte, fort. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten meldete sich der Abgeordnete Dieckhoff (Komm.) zur Geschäftsordnung und sagte, die kommunistische Fraktion habe eigentlich die Absicht, eine Erklärung über die Bergemühlung seiner Parteifreunde in der Dienstag-Sitzung abzugeben. Präsident Winkler unterbrach sofort den Redner durch energische Hammerschläge. Abg. Dieckhoff sprach jedoch unbeeinträchtigt weiter. Der Präsident erwiderte dem Redner das Wort. Als auch das nicht fruchtete, und im ganzen Hause die Ruhe nicht wiederhergestellt wurde, forderte der Präsident die Sozialisten ein und unterbrach die Sitzung, um dem Vorkommnis Gelegenheit zu geben, zu dem Falle Stellung zu nehmen. Von den Bänken der Kommunisten flogen wildwüchtige Schimpfwörter zu dem Präsidenten und nach der sozialdemokratischen Fraktion hinüber. Die Unterbrechung der Sitzung währte über zwei Stunden. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gibt Abg. Dieckhoff (Komm.) folgende Erklärung ab: Die kommunistische Fraktion hat die Absicht, eine Erklärung zu den Vorgängen vom Dienstag abzugeben. Durch Verstoß des Landtagsvorsitzenden ist die Abgabe der Erklärung unmöglich gemacht worden.

Präsident Winkler: Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen ist folgender Antrag Dr. Senfner eingebracht: Der Landtag wolle seine Geschäftsordnung im Sinne des Artikels 14 der Geschäftsordnung des Reichstages ergänzen und das Verbot über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten dahin abändern, daß ein teilweise ausgeschlossener Abgeordneter für die Zeit seines Ausschusses seine Aufwandsentschädigung erhält. (Kommunistischer Zwischenruf: Kleiner Rinderstreck!) Die Geschäftsordnung im sächsischen Landtage. Präsident Winkler fortfahrend: Ich gebe zu, daß Leute, die sich wie Hausknechte benehmen, auch so behandelt werden müssen. (Beifall.) Es ist noch ein kommunistischer Antrag eingebracht, den Abg. Schneider sofort aus der Saal zu entlassen.

Darauf wird der Antrag Dr. Schneider, die Gewährung ausländischer Exportkredite zu fördern, gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Sodann berichtet Abg. Wilsch (DVP.) über den Antrag seiner Partei, betr. die

### Verorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln usw.

Das einzige Mittel, dem herrschenden Elende abzuhelfen, seien Massenpeisungen. Besonders müsse für die Kinder gesorgt werden. Die Gemeinden müßten Volksschulen einrichten. Von der Regierung würden finanzielle Zusätze erwartet. Die Aufrufe zur privaten Hilfe hätten schon recht erfreuliche Ergebnisse erzielt. Die Vorlage, nach der 50 000 Goldmark zur Einrichtung von Massenpeisungen in den Haushalten eingesetzt werden sollen, beantragt Redner sofort in Schlußberatung zu nehmen. Er betrachtet die angeforderte Summe freilich nur als eine Abschlagszahlung. Schließlich acht Redner auf den Antrag seiner Partei, betr.

### Verminderung der Arbeitslosigkeit

ein. Er beantragt Annahme der Weimarer Weisung des Ausschusses.

Die Mitgliederkammerin Frau Wagner (Soz.) unterstützt die Anträge der Mehrheit und tritt vor allem für Wiedereinführung des Umkreisverfahrens für Brotgetreide und Kartoffeln ein.

Ministerpräsident Beckh äußert sich über die Beschaffung wertbeständiger Zahlungsmittel. Zahlen werde dafür folgen, daß das wertbeständige Geld, das hier auszugeben wird, auch wirklich wertbeständig ist. Es sei bedenklich, die Ausgabe zu sehr zu vergrößern, es könne nicht jede Stadt und jeder Bezirk wertbeständiges Geld herausbekommen. Auf eine Anfrage vom Reichsfinanzministerium habe die Regierung heute die Antwort erhalten, daß auch in Zukunft nur im Ausnahmefalle und zwar nur zur unbedingt notwendigen Beschaffung von Lebensmitteln für wertbeständiges Geld eine andere Art von Garantie für die Wertbeständigkeit anerkannt werde, als bisher. Nachdem das Reich nunmehr die Rentenmark herausgebracht habe, werde die sächsische Regierung mit der Ausgabe eigenen wertbeständigen Notgeldes abwarten, bis der Erfolg der Rentenmark sichtbar sei. Gegen den Antrag, wertbeständiges Geld zu höheren Preisen aufzukaufen, sei die Polizei eingesetzt worden. Der Minister bespricht dann die einzelnen Aufschubanträge und erklärt u. a., die Regierung werde jedem Verlangen der bezirksweisen Absperrung von Lebensmitteln mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Abg. Granz (Komm.) tritt für Annahme der kommunistischen Winderheitsanträge ein, die u. a. eine Invest- und Sicherstellung der vorhandenen Kartoffeln und Getreidemengen unter der Kontrolle der Guts- und Betriebsräte und unter Mitwirkung der Kontrollräte fordern. Den Ausschüssen des Redners gegen die Reichswehr stimmt der Abg. Granz (Komm.) bei.

Minister des Innern Siebmann begründet die Regierungsvorlage, die 50 000 Goldmark zur Einrichtung von Massenpeisungen fordert, die Aufrufung der privaten Hilfskräfte sei trotzdem nötig.

Abg. Fr. Dr. Herwig (DVP.) nimmt einige vom Ausschuss abgelehnte Anträge seiner Fraktion wieder auf und bittet die Regierung, von Staats wegen noch etwas mehr für die Rinderpeisungen zu tun.

Abg. Dr. Rietzhammer (DVP.) erörtert die Frage, wie es möglich sei, unsere Arbeiter wieder zu beschäftigen. Man müsse darüber staunen, daß unsere Industrie die Folgen der Sünden der Revolution überhaupt so lange zu tragen vermöge. Die frivolen Eingriffe in das Wirtschaftslieben müßten aufhören. Die Räder stützenden lassen könne jedes Kind, nicht aber, sie wieder in Gang bringen. Es bedürfe eines ernsten Verkündigungswillens bei Arbeitern und Unternehmern, um wieder zu gerechter Beschäftigung zu kommen. Von dem schablonenhaften Unsinne des Achtstundentages müßten wir uns los machen.

Abg. Granz (Soz.) entgegnet dem Vorredner, daß der Achtstundentag auf Grund freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zustande gekommen sei. Die kommunistischen Anträge lehne seine Fraktion ab.

Hierauf findet ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme. (Abg. Dieckhoff ruft: Das ist eine Fortsetzung der Bergemühlungsdebatte!) Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt, die Anträge der Ausschussmehrheit finden Annahme, ebenso die Beschlüsse des Ausschusses zum deutsch-polnischen Antrage über Arbeitsbeschaffung, sowie endlich der Gegenentwurf über die Massenpeisung.

Sodann erfolgt die Wahl eines Untersuchungsausschusses über die Weimarerpolitik. Ein kommunistischer Antrag betreffend die Freilassung des kommunistischen Abg. Schneider führt zu einer langen Geschäftsordnungsdebatte und zu einer vierstündigen Unterbrechung der Sitzung. Gegen neun Uhr abends wird die Sitzung geschlossen. Die zweite Beratung des kommunistischen Antrages soll in der nächsten Sitzung, die Sonnabend, 17. November, vormittags 11 Uhr stattfindet, erfolgen.

### Nur Verhaftung des Landtagsabgeordneten Schneider.

16. Dresden. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet einen Auszug aus dem „Kämpfer“, dem kommunistischen Organ für Chemnitz, über die Verhaftung des Comités zur Unterstützung der Gemäßigten in Co-



## An unsere Anzeigen-Besteller!

Die währungsrechtlichen Maßnahmen der Reichsregierung im Reich und in den Ländern und die allgemeine Umstellung der deutschen Wirtschaft zwingen auch die Zeitungsverleger, die Papiermarkberechnung bei den Anzeigen fallen zu lassen und vom heutigen 16. November an auf Goldmarkberechnung überzugehen.

Die kleingedruckte Grundzeile kostet von dieser Nummer an

25 Goldpfennige.

Die Preise sind am Kopfe der Zeitung ersichtlich. Verlag des Riesner Tageblattes.



Denken-Ordnung, durch die auch der Landtagsabgeordnete Scheller betroffen wurde, und bemerkt dazu: Der „Kämpfer“ bezeichnet seine Beschäftigung als einen unerhörten Bruch des Immunitätsrechtes. Das ist unrichtig. Denn auch ein Reichstags- oder Landtagsabgeordneter kann verhaftet werden, wenn er bei der Begehung einer Straftat ertappt wird. Die Reichswehr wird behaupten, daß der Abgeordnete Scheller durch die Einberufung und Abhaltung der parlamentarischen Konferenz sich gegen die Ausnahmeverordnung verhalten habe. Gegen die Inhaftierung läßt sich also juristisch nichts machen, und auch die kaiserliche Regierung und der kaiserliche Landtag können der Reichswehr hier keinen Verfassungsverstoß vorwerfen. Indes kann der Landtag die Haft aufheben lassen. Der Artikel 37 der Reichsverfassung lautet im 3. Absatz: Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstages oder eines Landtages und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungperiode aufgehoben. Da der Artikel 37 der Reichsverfassung durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1923 nicht aufgehoben ist, sind überhaupt nicht aufgehoben werden konnte, so bedarf es also nur eines Beschlusses des Landtages, um die Haft des Abgeordneten Scheller sofort zu beenden. Das Reichsjustizministerium wird sich selbstverständlich an die Reichsverfassung halten und den Abgeordneten Scheller auf Verlangen des Landtages sofort aus der Haft freigeben müssen. Es ist deshalb besonders, daß die kommunistische Landtagsfraktion nicht sofort den entsprechenden Antrag im Landtag gestellt hat. Offenbar ist unter ihren Mitgliedern keines, das sich über das Rechtsverhältnis bewußt über die einschlägige Bestimmung der Reichsverfassung unterrichtet hat.

### General Smuts für eine neue Konferenz.

Die „Times“ veröffentlichen ein Schreiben des heute nach Südafrika zurückkehrenden Generals Smuts, in dem dieser nachdrücklich dafür eintritt, daß Großbritannien, nachdem durch die ablehnende Haltung Frankreichs der Versuch scheiterte, einen Sachverständigen-Ausschuß zur Untersuchung der Reparationsfrage zustande zu bringen, unterhalb der Vereinten Staaten und anderer Länder einer Konferenz einladen sollte, die sich einer Prüfung des Reparationsproblems im weitesten Umfang sowohl vom wirtschaftlichen wie auch vom finanziellen Standpunkte widmen sollte. Diese Konferenz würde außerdem auch zu ermöglichen haben, wie ein vollständiger Frieden für Deutschland gesichert und wie Deutschland eine billige Gelegenheit gegeben werden könne, seine eigene Wiederherstellung ohne dauernde Verbotsung und Einschränkung von außen durchzuführen. Deutschland könne nicht Reparationen zahlen, wenn nicht die deutsche Währung und der deutsche Kredit wiederhergestellt würden. Diese Wiederherstellung sei nicht möglich, wenn nicht der gesamte Reparationsbetrag auf eine gerechte und vernünftige Höhe festgelegt werde, und Deutschland gestattet würde, in Frieden und ohne dauernde Behinderung seine produktive Industrie wieder aufzunehmen. Die Lage sei jetzt so ernst und bedrohlich geworden, daß jedes Verfahren, das jetzt begonnen werde, geeignet sein sollte, zu praktischen Lösungen und nicht zu weiteren Zeitverzögerungen zu führen. Eine Konferenz von derart großer Reichweite und wirklicher Autorität biete die einzige Aussicht auf Abwendung der Katastrophe. Selbst wenn Frankreich nicht an einer neuen Konferenz teilnehmen wolle, müsse diese einberufen werden. Dies sei ohne Zweifel das, was die Reichskonferenz in Aussicht genommen hätte.

### Die Lage im Berliner Buchdruckerstreik.

Die Lage im Buchdruckerstreik ist noch immer unklar. Da die Entlassung der Vorstehenden der graphischen Berufsgewerkschaft aus der Haft abgelehnt worden ist und eine geplante Funktorenversammlung der Streikenden politisch verhindert wurde, sind die Streikenden ohne Führung und Zusammenhalt. Auf der anderen Seite hat die Zahl der Arbeitswilligen zugenommen, jedoch der Streik zusammenbrechen und kurz vor dem Ende stehen dürfte. Ein Versuch der Streikenden, die Arbeiter der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke zu einer Sympathiebewegung zu veranlassen, ist vom Werkfreikommando unterbunden worden. — Weiter nachmittags fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Buchdruckgewerbes statt. Es sollte über die Höhe der Löhne der kommenden Woche verhandelt werden. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die Berliner Ortsvorstände der graphischen Organisationen beschloffen, den Abbruch des Streikes im Berliner Buchdruckgewerbe zu empfehlen.

## Angelas Heirat.

Roman von L. G. Robert.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

vor der Tür hielt eine Equipage, und Herr de Larive ließ seiner Schwester hinein, während der Geheimrat im hohen Kopfe mit herausgekommen war, um sich von der hohen Witwe zu verabschieden. Seine Hand hielt ihre glänzenden Finger wohl eine halbe Minute länger fest, als nötig oder üblich war, und im fahlen Licht der andringenden Morgendämmerung, die die feinsten Beleuchtungen des Parks dichter erscheinen ließ, ruhten seine Augen sehr zärtlich auf der schlanken kleinen Gestalt, die neben ihm fast lächerlich winzig ausah. Seine Stimme klang wie eine Liebesjongle, als er sagte:

„Also ich darf Sie bald in der „Villa Whorn“ aufsuchen?“

Diese Worte, so einfach an sich, bedeuteten unendlich viel für seine Zuhörerin, und ein triumphierendes Lächeln erschien in ihrem Gesicht und war auch noch nicht daraus verschwunden, als sie an de Larives Seite rasch auf der Landstraße nach Berlin hinrollte.

„Run,“ rief ihr Begleiter ungeduldig, nachdem Frau von Trent lange Zeit schweigend hinausgedacht hatte, wo die Heiden und Felder sich langsam aus dem Morgennebel herausgehoben und im bläulichen Frühlicht scharf umrissen erschienen, „nun, Leonore! Bedeutet dies Lächeln Erfolg?“

Das Lächeln vertiefte sich bei dieser Frage, und mit einem schelmischen Blick sah sie ihn an. „Jawohl, Erfolg,“ versetzte sie dann. „Ich hatte alle Fäden fest in meinen Händen, in diesen kleinen Händen, mein Freund,“ und sie hielt sie ihm hin und lächelte leise. „Und wenn diese Hände erst einmal etwas erfaßt haben, dann halten sie es auch fest.“

„Das Nimmt,“ sagte er misstrauisch, und wer Leonore jetzt gesehen hätte, wie ihre Augen aufleuchteten wie Raubtieraugen, wie um ihren Mund sich plötzlich harte Linien eingegraben hatten, der würde in ihr gar nicht die reizende junge Witwe wiedererkannt haben, die bei den Grauburger Damen so beliebt war, die hübsche, kindliche kleine Frau, die fast zu gart und zu zerbrechlich schien, um den Kampf mit der bösen Welt allein aufzunehmen.

### 9. Kapitel.

Auf die brüllende Hitze des August und der ersten Tage des September war eine lange, stürmische Regenzeit gefolgt, ein Wetter, das Menschen melancholisch stimmte, wenn sie im trauten Familienkreise lebten, das aber fast unmerklich werden kann, wenn man allein in einem ruhigen

Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission von Berlin und des Vla-Oberlandes beschloß sich gestern mit dem Einvernehmen der Mitglieder im dem Buchdruckerstreik. Von den Kommunisten wurde die Verhaftung der Buchdruckerführer gefordert. Der kommunistische Antrag wurde nach längerer Debatte gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Von den Insolen des Buchdruckerstreiks seit mehreren Tagen nicht erschienenen Berliner Blättern ist der Sozial-Anzeiger heute morgen wieder erschienen.

### Anruf der vaterländischen Verbände Bayerns.

München. Die vaterländischen Verbände Bayerns erlassen einen Anruf an den letzten Reichstag, in dem es u. a. heißt: Wir bitten Sie, die Interessen der Reichswehr zu wahren. Deutschland hat die Hoffnungen der Feinde verwirklicht, ja übertrifft. Nur deutsches Blut ist gekostet. Durch rücksichtsloses Einsetzen seiner Person hat ein Mann von Nähe den Staat gerettet. Es gibt nur eine Möglichkeit: Einigung und Sammlung. Die vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns, die aus diesem Gedanken sich jederzeit heraus gebildet haben, werden dieses Ziel weiter verfolgen. Die leitenden Männer der vaterländischen Verbände haben Schritte unternommen, um die Einigung herbeizuführen. Der Anruf ist unterzeichnet von Professor Bauer und General von Kleinsow.

### Vertreter der deutschen Beamtenschaft beim Reichskanzler.

Auf Veranlassung der Beamtenhilfsorganisationen fand am 14. 11. ein Empfang der Vertreter der Deutschen Beamtenchaft durch den Reichskanzler statt. Beteteiligt waren: der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring und der Reichsbund der höheren Beamten. Der Sprecher der Organisationen wies auf die tiefgehende Erregung in weiten Kreisen der Beamtenchaft hin und behandelte in ausführlichen Darlegungen die Fragen der Beamtenbesoldung, der Arbeitszeit und des Beamtenabbaus. Bezüglich der Beamtenbesoldung wandte er sich gegen die Gefahren des weiteren Abnehmens des Reallohns; für die Arbeitszeit der Beamten wünschte er grundsätzlich Ausbreiterarbeit gefordert werde; er sprach sich ferner gegen die durch die Personalabbauregung eingetretene Beschränkung der Rechte der Beamtenchaft aus. Insbesondere wies er auch auf die Frage des Beamtenrätegesetzes und die verweirte Lage der Beamten des besetzten Gebietes hin. — Der Reichskanzler behandelte in ausführlichen Darlegungen die politische Gesamtlage und gab in bestimmter Weise die Absicht der Reichsregierung kund, an den Grundlagen des Berufsbeamtenrechts nicht rütteln zu lassen, das er für die letzte starke Klammer für den Zusammenhalt des Deutschen Reiches bezeichnete. Er verteidigte die getroffenen Regierungsmaßnahmen mit dem Hinweis auf die trostlose Finanzlage des Reiches und die auch den Beamtenorganisationen bekannte schwere Not des ganzen Volkes. Die Beamtenorganisationen werden, wie wir hören, nunmehr an der durch den Verlauf der Verhandlung geschaffenen Lage Stellung nehmen.

### Der Wiktorenantrag der englischen Arbeiterpartei abgelehnt.

London. Der Wiktorenantrag der Arbeiterpartei ist vom Unterhaus mit 285 gegen 190 Stimmen abgelehnt worden.

Macdonald erklärte, die Außenpolitik der Regierung habe gezeigt, daß sie unfähig gewesen sei, das amerikanische Angebot zur Wiltshire bei der Lösung der Reparationsprobleme zu benutzen. Sie habe in schwächlicher Weise den französischen Vorschlag angenommen, der auf überhaupt keine Konferenz hinauslaufe. Der Vorschlag Amerikas sei vernünftig, gerecht und gesund gewesen, aber Baldwin habe ihn verworfen. Die Außenpolitik der Regierung sei nutzlos und blödsinnig gewesen. Sie habe zugelassen, daß die britischen Märkte in Mitteleuropa zerstört wurden. Der England und Frankreich geschuldete Betrag hätte wirksam in der englischen Politik eingebracht werden können. Und trotzdem sei Frankreich in das Ruhrgebiet einmarschiert und die Stellung Englands schwächt. Es sei die Verantwortung daraus, daß die britische Regierung die europäische Lage nicht mit geschickter Hand anzufassen wisse. Macdonald erklärte, die Arbeiterpartei habe das Gefühl schwerer Verantwortungen

zu übernehmen, ohne andere Gesellschaft als die Dienstboten und einen treuen Hund und ohne irgendwelche bestimmte Beschäftigung.

Das Entzücken, das Angela zuerst erfüllt hatte, wieder auf dem Lande wohnen zu können, war während der trüben Septembertage langsam einem Gefühl unendlicher Einsamkeit und Verlassenheit gewichen. Es war ihr auch kein Trost, daß der alte Gärtner ihr oft erklärte, der Regen sei außerordentlich nötig gewesen, und sowohl der Park, wie die Felder könnten ihn wochenlang vertragen. Angela versuchte sich darüber zu freuen, daß der verdorrte Pfirsich sich erholt und die dürrigen Blumen, erquid von dem ersehnten Regen, die Köpfe wieder hoben; aber es war nicht immer leicht, die Dinge vom philosophischen Standpunkt zu betrachten, wenn die Aussicht immer durch graue Nebelschleier verhangen war, die Regentropfen monoton auf die Dächer und gegen die Fenster pladderten, und alle Büsche und Sträucher vor Nässe trüften.

Spätergehen war selbst für eine Naturfreundin wie Angela jetzt kein Vergnügen mehr, denn auf allen Wegen verlor man kriechend im Schlamm, und sogar der selbstgegebene Regenmantel gewährte keinen Schutz gegen die Regentropfen.

Und doch trieb das Verlangen nach Abwechslung und frischer Luft die junge Herrin von Schloss Hammerstein gar manches Mal hinaus, bis sie durch und durch naß und löhmüde wieder zu Hause ankam.

„Es tut mir wirklich leid, Luise,“ pflegte sie dann entschuldigend zu ihrer Zofe zu sagen, wenn diese mit nicht allzu freundlichen Blicken die schmutzbespritzten Kleidungsstücke musterle. „Es tut mir wirklich leid, daß ich Ihnen die Mühe machen muß, das alles wieder auszubüchsen, aber ich konnte es nicht mehr im Hause aushalten, ich mußte hinaus in die Luft.“

Ihre lebenswürdigen Entschuldigungen befähigten das Mädchen, und wenn Luise auch in ihrem tiefsten Herzen dachte, es sei verflucht von ihrer jungen Herrin, bei solchem Weiterstundenlang auf den unwegsamen Pfaden im Regen umherzulaufen, nur um eben draußen zu sein, so mußte sie ihr doch auf der anderen Seite zugestehen, daß es recht langweilig sein müsse, den ganzen Tag so allein zu sein. Und dieses Alleinsein war es auch, was Angela fast zum Wahnsinn trieb.

Außer den paar Wochen, die sie selbsterzeit in Berlin auf der Suche nach einer Stellung zugebracht hatte, war sie nie vorher in ihrem ganzen Leben auf sich selbst angewiesen gewesen. Ihre Mädchenzeit hatte sie ganz bei ihrer Mutter zugebracht, und ihr Aufenthalt bei den Dicht-

gen und sie empfand Dankbarkeit gegen jemanden, der sie für seinen allmächtigen, moralischen Schutz, das es gegen die Natur im Ruhrgebiet erhoben habe.

In Erwiderung auf die Ausführungen Macdonalds sprach der Ministerpräsident Baldwin zunächst über die auswärtigen Angelegenheiten und sagte, er stimme mit Macdonald überein, daß in den auswärtigen Angelegenheiten vor allem unendliche Geduld notwendig sei. Die Regierung habe jederzeit den Wunsch gehabt, eine Regelung zu erzielen, aber sie habe sich vor Augen halten müssen, daß sie den Frieden nicht schneller herbeiführen, wenn sie eine neue Feindschaft in Europa schaffen. Es sei daher ihre Pflicht gewesen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um im Einklang mit den Wünschen der öffentlichen Meinung eine Regelung zu bringen. Im gegenwärtigen Augenblick könne die Regierung nicht behaupten, daß ihre Bemühungen erfolgreich gewesen seien. Er habe nichts angedeutet, es den Käufern zur Kenntnis zu bringen, daß das britische Volk nicht unbegrenzte Zeit fortzuführen könne, den für die Zusammenarbeit und für die Erhaltung der Welt im notwendigen Geist zu bewahren. Die Verhandlungen mit Amerika wurden durch das Vorgehen zweier unserer Verbündeter zum Scheitern gebracht. Die erste Pflicht einer neuen Regierung wird sein, die Gesamtsituation bezüglich der Reparationsfrage erneut zu prüfen und über die notwendigen Schritte zu entscheiden. Der Premierminister sagte weiter, man bestreite ein gewisses Ausmaß der deutschen Aufrüstung nach England, wenn Deutschland bestimmte Reparationen zu zahlen und wieder frei seinen Handel zu betreiben.

## Tagesgeschichte.

Zur Vinderung der Rot in Deutschland sind in Südbahnhof von Ungarn und Reichsdeutschen 60 Millionen ungarische Kronen gesammelt worden. Ferner hat der Verein der Reichsdeutschen ein Hilfswerk in die Wege geleitet, um durch Verkauft von Lebensmittelpaketen die Not in Deutschland zu lindern. Ansehnlich der Tatsache, daß auch in Ungarn die Not außerordentlich groß ist, ist diese Hilfsbereitschaft besonders hoch anzuerkennen.

Post- und Eisenbahnverwaltung. Im Ansehnlich einer wirtschaftlicheren Gestaltung des Post- und Eisenbahndienstes sind seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange, die einem Vorgehen in Süddeutschland folgend, auf die Zusammenlegung von Dienststellen in den Reichsgebieten hinführen. In dem betriebl. Einrichtungen noch nicht bestehen. Nunmehr ist vom Reichsverkehrs- und Reichspostministerium je eine Direktion mit Ermittlungen und Versuchen auf diesem Gebiete betraut worden. Nach dem Abschluß dieser Untersuchungen ist beabsichtigt, den Gedanken in dem noch näher festzustellen, wieweit Umfang allgemein zu veröffentlichen.

Gegen den Wucher auf dem Fleischmarkt. Gestern früh wurde von der Berliner Wucherpolei mit starkem Aufgebot von Kriminalbeamten und Schußpolizei eine umfassende Aktion gegen den Wucher auf dem Fleischmarkt unternommen. Auf alle Verkaufsstellen des Schlachthofes wurden Beamte verteilt, die von Stand zu Stand gingen, um das Vorhandensein der Großhandelsverkaufspreise zu prüfen und gleichzeitig festzustellen, ob sich die geforderten Preise mit den am Morgen festgestellten Höchstpreisen für den Großhandel auch tatsächlich deckten. Gleichzeitig waren alle Ausgänge aus dem Schlachthofe polizeilich gesperrt. Wo Preisbrecher festgehalten wurde, erfolgte Beschlagnahme der Waren. Außerdem wurden die Fälle dem Marktgericht zur Entscheidung übergeben.

Die Postkonferenz ist gestern um 1/2 Uhr zusammengetreten. Sie hat über die Rückkehr der ehemaligen deutschen Kronprinzessin und über die Frage der Militärkontrolle in Deutschland verhandelt. Die Hauptmittel ist der englische Postminister, der seine Instruktionen. — Daraus glaubt zu wissen, daß der britische Postminister der Postkonferenz namens seiner Regierung erklärt habe, England wünsche an seinem in Berlin zu unternehmenden Schritt in der Frage der Rückkehr der ehemaligen deutschen Kronprinzessin und des Kaisers teilzunehmen. Was die internationalisierte Militärkontrolle betrafte, so sei die englische Regierung ebenfalls gegen Sanktionen. Sie wolle sich auch keinem Schritt anstellen, um die Wiederannahme der Kontrolloperationen herbeizuführen.

Internationale Verkehrskonferenz. Gestern morgen ist in Genf eine internationale Verkehrs- und Transitkonferenz eröffnet worden, auf der auch Deutschland vertreten ist. Die russische Regierung war ebenfalls eingeladen; Schweden hat aber in einem Tele-

war entnommen weder ruhig noch einjam gewesen. Und so kam es, daß, nachdem die Aufregung über die plötzliche Erbschaft und die eigentümlichen Umstände, unter denen ihre Heirat stattgefunden, sich gelegt hatte, die Reaktion mit doppelter Gewalt einsetzte, und das Leben ihr, namentlich bei schlechtem Wetter, unaussprechlich langweilig und nutzlos vorkam.

Das große Haus schien ganz furchtbar leer, und Angela war mehr als einmal verlorst, Frau Diehl und deren Kinder auf ein paar Wochen zu sich einzuladen, um ein wenig Leben um sich zu haben, ein Vorhaben, das ihr wirklich nur von der Verzweiflung eingegeben sein konnte.

Sieht Frau von Trent so unerkennbar ihre Absicht kundgegeben hatte, sich gegen die einlame junge Frau auf Schloss Hammerstein bereit zu erweisen, hatten sich auch die übrigen Nachbarn bereit gezeigt, Angela in den geheiligten Kreis der Grauburger Gesellschaft aufzunehmen, und selbst die gefreunde Frau Bürgermeister hat ihr jetzt, wenn auch nicht freundschaftlich, so doch mit herablassender Liebeshuldigkeit entgegen. Aber Angela hatte die Empfindung, daß man sie trotz dieses äußeren Einigenkommens doch nur widerwillig aufnahm, und das trug nicht gerade dazu bei, daß sie sich in ihrer neuen Umgebung heimlich und gar glücklich gefühlt hätte.

Frau von Trent war die einzige Person, die sich ihr gegenüber wirklich herzlich gab, sie kam sehr oft auf Schloss Hammerstein und Angela hatte sie auch ein paarmal in „Villa Whorn“ besucht, aber die junge Witwe war einen großen Teil des September nicht in Grauburg gewesen, und das melancholische Wetter hatte sehr niederdrückend auf Angelas Stimmung eingewirkt.

Die kurzen Briefe ihres Gatten, die ihr anfänglich einigen Trost gewährten, hatten auch aufgehört zu kommen, und in dem letzten Schreiben, das ihr zugegangen war, hatte er ihr mitgeteilt, er werde sich jetzt in das wilde Hinterland begeben, wo die Möglichkeiten, in Verbindung mit der europäischen Kultur zu bleiben, schaurig und selten wären.

Dogleich Erich Martens' Frau ihren Gatten tatsächlich nur zweimal gesehen hatte, so war ihr doch sein letzter Händedruck beim Abschied deutlich in der Erinnerung geblieben, und sie hörte immer noch seine letzten Worte: „Später einmal — vielleicht —“ im Ohr klingen. Und zuweilen stieg ein leidenschaftliches Verlangen in ihr auf, doch einmal sein Gesicht zu sehen und seine Stimme zu hören, ein Verlangen, das sich geradezu zum physischen Schmerz steigerte.

gramm an den Völkerverbund die Teilnahme abgelehnt, da er in Verlehrsfragen eine Kontrolle des Völkerverbundes, der keine internationale Gleichheit gewährleistet, sondern die Herrschaft einer Mächtegruppe bedeute, nicht annehmen könne. Außerdem lehne das Abkommenprojekt über das internationale Eisenbahnregime die Anerkennung des Versailleser Vertrages vor, die die Sowjetregierung ablehne.

Die Preise bei den Regiebahnen. Inverlässigen Angaben nach betragen die Fahrpreise bei den Regiebahnen 4. Klasse 3 Cent, 3. 5, 2. 12 und 1. Klasse 20 Cent. Bei den meisten Stationen wird die Bezahlung in Franken verlangt.

General Lubendorff nicht in Schubhaft. General Lubendorff übernimmt die Telegrafendirektion folgende Mitteilung: Am Montag, den 12. November ebenda habe ich mich auf Grund der Presse mitgeteilten Angaben zum Austritt der Schubhaft in den Justizpalast der Staatsanwaltschaft zu begeben. Da die Ursachen sehr kompliziert sind, habe ich die Schubhaft nicht angetreten.

Wanderversuch in Essen. Im Laufe des gestrigen Tages kam es in Essener Straßen zu Zusammenstößen und Plünderungsversuchen. Die Polizei konnte überall rechtzeitig zur Stelle sein und Plünderungen verhindern, war aber mehrfach gezwungen, mit der blanken Waffe gegen die Menge vorzugehen.

Eisenbahnunglück bei Kannkahl. Auf der Strecke Untertürkheim-Kornwestheim ereignete sich gestern gegen 6 Uhr abends in der Nähe des Cannhäuser Krankenhauses ein schweres Eisenbahnunglück, wobei sieben Personen getötet worden sind. Eine Lokomotive fuhr auf einen Arbeiterzug, wodurch sich zwei Wagen ineinander schoben. Der Lokomotivführer des einen Zuges befindet sich unter den Toten. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Die Inbetriebnahme von Eisenbahnlinien durch die Regie. Von den Befehlshabern der Regie wird mitgeteilt, daß folgende Eisenbahnlinien von der Regie in Betrieb genommen werden: Werden-Steele-Nord nach Kupferdreh, die Lunte-Oberhausen, Hauptbahnhof, bis Kettwig über Wilhelmshöhe, wobei sieben Personen getötet worden sind. Eine Lokomotive fuhr auf einen Arbeiterzug, wodurch sich zwei Wagen ineinander schoben. Der Lokomotivführer des einen Zuges befindet sich unter den Toten. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Veränderter Streit in den Berliner Mühlen. Vor kurzem waren die gesamten Arbeiter der Großmühlwerke wegen Lohnänderungen in den Streit getreten. Da durch die Stilllegung der Berliner Mühlen eine Gefährdung der Brotversorgung der Stadt zu befürchten war, unternahm der Reichsminister Schritte zu Einigungsverhandlungen beim Reichsarbeitsministerium. Als diese Verhandlungen gestern mittag begannen, erschien ein Offizier des Reichswehrkommandos und ließ die zehn Vertreter der Streikenden auf Grund des Verbotes des Streiks in lebenswichtigen Betrieben in Haft nehmen. Die Verhandlungen nahmen trotzdem ihren Anfang und zwar unter Überwachung der verhafteten Arbeitervertreter durch Kriminalbeamte. Sie führten zu einer Einigung über die Lohnbefreiungen. Der Streit wurde darauf für aufgehoben erklärt und die Mitglieder der Lohnkommission aus der Schubhaft entlassen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, tritt die Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten am Montag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Die Vertagung der für Sonnabend anberaumten Sitzung des Reichstags Ausschusses auf Montag wird von dem Parteivorstand zurückgeführt, daß für Sonnabend eine Beratung des Reichstags Ausschusses der besetzten Gebiete und eine Konferenz der Ministerpräsidenten bevorsteht.

Soltsarbeiterstreik in Danzig. Nachdem die Soltsarbeiter gestern die Fortdauer des Streiks beschlossen haben, hat der Senat die technische Nothilfe aufgehoben.

Gehalts- und Löhnerregelung für Beamte u. m. Auf Grund der gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Gewerkschaften der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Lohnmehrzahl der Arbeiter für die laufende Woche auf 410 Millionen, die Gehaltszahl der Beamten auf 82 Millionen für das dritte Monatsviertel festgelegt. Die Zahlungen ermöglichen sich um die bereits wertbeständig gezahlten Teile.

## Verliches und Sächsisches.

Miesla, den 16. November 1928.

\* Verkauf von Gas- bzw. Wasser-Einheiten. Auch von dieser Seite aus sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Lösen von Gas- bzw. Wasser-Einheiten nur Montag bis mit Donnerstag je von früh 8 bis 12 Uhr erfolgt.

\* Weihnachtsvorträge. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Herr Photograph Werner, Miesla, Goethestraße 81, den Vorverkauf der Karten bis diesen Sonnabend abends 6 Uhr übernommen hat. Die Karten — gültig für alle 5 Vorträge — werden zu 500 Millionen Mark (dieser Preis bleibt fest) an jedermann verkauft. Ab Montag werden höhere Preise in Anwendung gebracht. Wer die in Miesla gehaltenen Vorträge besuchen will, besitze sich also, die Karten bis Sonnabend abends 6 Uhr zu dem Vorverkaufspreis zu entziehen.

\* Das Konzert des Chorvereins in dem auf gezeigten Sternsaal beginnt am Sonnabend pünktlich 8 Uhr. Die Besucher werden gebeten, bis 7,30 Uhr ihre Plätze anzunehmen. Näheres im Anzeigenteil und in den Blättern.

\* „Er, Sie und Samlet“. Dieses höchst originelle Filmmittel wird, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, auch heute und morgen abend in den Lichtspielen Hotel Döbner vorgeführt. Dieser Lustspielfilm ist wirklich gelungen, die Lachmuskeln stark in Bewegung zu setzen. Die rätselhafteste reizende Gog, die in dem Mädchenpensonist zum Entsetzen ihrer Angehörigen auf den Gedanken verfaßt, sich der Bühne zu widmen, unternimmt die abenteuerlichsten Streiche, um ihr Ziel zu erreichen. Die beiden in der Welt der schicklichsten Gärtnereichen — zwei urkomische Typen — sind ihre getreuen Helfer. — Ein spannendes Drama: „Sterne des Westens“, sowie das Lustspiel „Er, Sie und Samlet“ sind ebenfalls herrliche Schöpfungen des Filmmittel.

\* Brotpreisregelung im Bezirk. Die Amtshauptmannschaft weist darauf hin, daß seit dem 15. Oktober dieses Jahres, also seit Beginn der freien Getreidewirtschaft, die Brotpreise für den gesamten Bezirk im Einklang mit der Preisprüfungsstelle festgelegt werden. Wie in Erfahrung gebracht worden ist, werden trotzdem in Miesla und U. m. g. e. b. u. n. g. abweichende, zum Teil höhere Brotpreise gefordert. Die Amtshauptmannschaft kann dieses eigenmächtige Vorgehen nicht decken und behält sich weitere Maßnahmen vor.

\* Zur Dezembermiete. Trotz der in der 3. Ausführungsverordnung zum Mietengesetz vom 28. Mai 23 erlassenen einschlägigen Vorschriften über die Bildung der gesetzlichen Miete weichen die von den Gemeinden festgesetzten Zuschläge in außerordentlich hohem Maße voneinander ab. Diese erheblichen Abweichungen lassen sich mit der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse allein nicht begründen. Um eine größere Ausgleichung dieser Zuschläge in den einzelnen Gemeinden und eine bessere Durch-

führung des Mietengesetzes herbeizuführen, ist daher, wie das Reichsministerium mitteilt, angeordnet worden, daß für den Monat Dezember 1928 gewisse Prozentätze der Grundmiete zur Bildung dieser Zuschläge in Goldmark aufzurufen sind. Wahrscheinlich für die Aufwertung soll der amtliche Goldmarkkurs vom 26. November 1928 sein, sofern sich damit ein amtlicher Umrechnungskurs für die Papiermark noch nicht bekanntgegeben ist. Zur Vereinfachung des Abrechnungswesens sollen Bruchteile von Milliarden Papiermark bei der Preisfestlegung außer Ansatz bleiben. Der Gesamtbetrag der aufzuwertenden Prozentätze soll in der Regel nicht höher sein als 7-8 Prozent der Grundmiete. Am allgemeinen werden gegenüber als aufzuwertende Bruchteile der Grundmiete etwa 2,5-4 Prozent für Betriebskosten einschließlich Hausverwaltung und Hausmannsarbeiten, etwa 2,5-3 Prozent für laufende Instandhaltungsarbeiten und etwa 1 Prozent für große Instandhaltungsarbeiten als ausreichend angenommen werden können und zwar umso mehr, als für die Betriebskosten eine unbeschränkte, für laufende Instandhaltungsarbeiten eine beschränkte Nachschußpflicht besteht. In den Landgemeinden wird bisweilen mit einem geringeren Prozentatz für Betriebskosten auszukommen sein.

\* Gefällige Notgeldscheine der Reichsbahn. Rührlich sind Notgeldscheine der deutschen Reichsbahn über 5 Millionen Mark im Verkehr aufzufauchen, denen durch Ueberkompensation eine höhere Wertberechnung gegeben war. Es handelt sich hierbei um Fälschungen. Die Reichsbahn hat überkompelte Notgeldscheine nicht herausgegeben. Vor Annahme solcher gefälligen Notgeldscheine an Zahlungsmittel wird deshalb gewarnt.

\* Zum Amtshauptmann von Zwida wurde der Generalkassendirektor Robert Müller in Zwida ernannt. Amtshauptmann Hr. Orlowski wurde am 15. 11. zum stellvertretenden Amtshauptmann von Zwida ernannt.

\* Gütertarife in Goldmark. Die Reichsbahnmedien aus Berlin: Die Zuständigkeiten der Reichsbahndirektionen waren bisher nach Grundbesitz bestimmt, deren Verteilung mit der Schließung des Gütertarifs dem Betrag der Zuständigkeit in Papiermark anpaßt. Durch Umkehrung der Tarife der Reichsbahn auf Goldmark sind die Schließungsjahre auch hier durch den jeweiligen Umrechnungskurs auf Goldmark zu errechnen.

\* Das Arbeitsministerium gegen die Rührung der Erwerbslosenbesetzung. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Wegen der Begrenzung der Höhe der Erwerbslosenunterstützung, die für Erwerbslose mit Angehörigen durch die Bestimmungen eintritt, ist, daß seit dem 5. November 1928 die Summe der Familienzuschläge dem Betrag der Hauptunterstützung nicht übersteigen darf, hat das sächsische Arbeitsministerium sofort beim Reichsarbeitsministerium Einspruch erhoben. Da die Länder bei der Festsetzung der Erwerbslosenunterstützung nicht vorher gehört werden, aber nachträglich im Reichsrat dazu Stellung nehmen können, ist die sächsische Vertretung im Reichsrat anzuregen worden, auch dort gegen die vom Reich verordnete Beschränkung der Höhe kinderreicher Erwerbsloser die nötigen Schritte zu unternehmen. Der Erfolg der Maßnahmen muß nun abgewartet werden.

\* Der Nachfolger des Dr. Thomas. In der Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung beabsichtige, den Staatsrat Dr. Thomas zu entlassen. Die Präsidenten der Staatsrat Dr. Thomas zu mögen. Diese Ansicht hat nie bestanden. Die Staatsregierung hatte vielmehr den Oberregierungsrat Dr. v. d. G. als Nachfolger des Herrn Dr. Thomas in Aussicht genommen.

\* Sächsisches Volkspolizei. Von den Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften des Stabes der 4. Division und des Stabes des Infanterie-Regiments 4 sind für das Sächsische Volkspolizei 27 Millionen Mark gespendet und an die Wehrfreiwirtschaft abgeteilt worden. Außerdem geben die Angehörigen des Stabes Brot ab, das nach Weisungen des Führerstabes verteilt wird.

\* Eine Anfrage an den Landtag. Der Abgeordnete Dr. Kaiser (DVP) hat folgende Anfrage an die Regierung im Landtag eingeleitet: „Seit Ende 1928 wird vor der Einstellung in die Land- und forstwirtschaftliche Betriebe die Prüfung der Einjuristen auch auf ihre politische Haltung ausgedehnt, während vorher die Bewerber auf ihre körperliche und geistige Eignung und auf ihre Eignung im allgemeinen geprüft wurden. Die jetzige Auswahl, bei der die Zugehörigkeit zu sozialistischen und kommunistischen Organisationen entscheidend wird, muß auf die Dauer die Zusammenfassung der Landespolizei ungünstig beeinflussen und widerspricht den Grundgedanken der Verfassung. Ist die Regierung bereit, zu dem früheren bewährten Verfahren zurückzukehren, also die nachträgliche Prüfung der Bewerber durch Regierungskommissare (Bezirksstellen) wieder aufzuheben zu lassen?“

\* Der Zeitungspreis. Das „Chemnitzer Tageblatt“ und die „Chemnitzer Abg. Zeitung“, die beide zu den angesehensten und bestverkauften Provinzialblättern zählen, schreiben übereinstimmend: „Aus Zufälligkeiten ergeben wir, daß einige unserer geschätzten Abonnenten der Meinung sind, daß die Zeitung Bezugspreise fordert, die noch über die allgemeine Geldentwertung hinausgehen, daß also eine Ueberbewertung der Leserschaft vorliegt. Als schlagendsten Gegenbeweis können wir nur immer wieder betonen, daß unsere Einnahmen kaum zur Deckung der notwendigen Ausgaben, wie Löhne, Gehälter, Nachrichtenbesitz usw., ausreichen, daß wir aber nicht in der Lage sind Druckpapier zu kaufen. Diese Feststellung ist so wichtig, daß jede weitere Erklärung über die Lage des Zeitungsbezugspreises überflüssig ist. Die im Verhältnis zum Preisverhältnis doch erheblichen Bezugspreise erklären sich aus einer vollständigen Ueberbewertung des Wirtschaftskreislaufes der Zeitungen gegenüber den Friedensverhältnissen. Während nämlich früher die Einnahmen aus dem Bezugspreis wenig ins Gewicht fielen, weil fast der ganze Ausgabe des Zeitungshausfalls aus den Interneteinnahmen erfolgte, ist die Sachlage heute genau umgekehrt. Der Abonnent erhält die Zeitung früher fast kostenlos, er bezahlt nicht einmal die Papierkosten. Heute müssen wir von ihm — durch die Verhältnisse gezwungen — die Zahlung wenigstens unserer notwendigen Ausgaben verlangen, wenn die Zeitung weiter erscheinen soll. Sobald das Wirtschaftskreislauf in normalere Bahnen zurückkehren und damit sich das Bedürfnis wieder einstellen wird, die Zeitungszugänge als das einfachste und billigste Mittelglied zwischen Angebot und Nachfrage zu benutzen, werden sich die Abonnementspreise dem wieder anpassen.“

\* Staatsangehörige in Erbkaisers Verwaltungsrecht. Der Reichsminister des Innern hat am 15. 11. 28, Dresden-N., Mitteilung Nr. 1), hat an die Landesregierung a. S. des Herrn Ministerpräsidenten Bescheid eine Eingabe gerichtet, in der gefordert wird, daß die Anwendung des Altersgrenzengesetzes auf die Präsidenten des Landeskonkordiums Dr. Bohme und Landesbischof Dr. Jämel rückgängig gemacht wird. Er ist eingehend damit begründet, daß die Wahlnahme den Bestimmungen der Reichsverfassung widerspricht, und es von der gesamten kirchlichen Bevölkerung als ein unzulässiger und daher unerwünschter Zustand empfunden wird, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Staatsregierung in innere Angelegenheiten der Kirche eingreift. Ferner wird auf die besondere Bedeutung hingewiesen, die dem Landespräsidenten des Landeskonkordiums, Land-

bischof Dr. Jämel, befehlt. Der Landesbischof vertritt als erster Präsident der ehemaligen Volksgemeinde das Amt des Reichspräsidenten nebenamtlich. Da auf die Geistlichen der Volksgemeinde das Altersgrenzengesetz keine Anwendung finden soll, das Amt des Reichspräsidenten des Landeskonkordiums aber nach der Konkordatsverfassung unzerstörlich mit dem Amt an der Hofkirche verbunden ist, hat der Landesbischof sein Amt im Konkordium solange auszuüben, als er rechtmäßig sein geistliches Amt an der ehemaligen Volksgemeinde verwaltet. Schließlich wird ebenfalls gegen die Aufhebung der Staatsregierung protestiert, daß der Einfluß des mit der Führung des Reichspräsidenten beauftragten Landesbischofs nicht den Wünschen der Kirche des Reiches entsprechen würde. Die kirchliche Bevölkerung weiß es als ein unerhörtes Ansehen an, ihre Ziele etwa durch die gegenwärtige Staatsregierung erreichen zu wollen. Der Volkskirchliche Patenbund für Sachsen hat in derselben Angelegenheit eine Eingabe an das Reichsministerium des Innern gerichtet, in der eine beschleunigte Klärung der hier schwebenden Rechtsfragen und eine schnelle Entscheidung erbeten wird. Die sächsische Landesregierung muß unbedingt unverzüglich wissen, woran sie ist, damit noch kurz vor dem am 20. November beginnenden Beratungen der Landeskonferenzen die wachsende Beunruhigung in der kirchlichen Bevölkerung Sachsens beseitigt ist.

\* Der Landesverband sächsischer Feuerwehren hat auf einem Abgeordnetenrat in Götha die Veränderung seines Grundgesetzes genehmigt. Danach besteht der Landesauschuss nunmehr aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände, die möglichst nach den Wünschen der Amtshauptmannschaften abgegrenzt sein sollen, und je einem Feuerwehr-Ingenieur der sächsischen Berufsfeuerwehren. Der Landesauschuss wählt alle drei Jahre aus seiner Mitte zwölf Kreisvertreter und ebensoviel Ersatzmänner zur Führung der Verbandsgeschäfte. Nach dem neuen Grundgesetz ist eine Vereinigung von mehreren Bezirksverbänden zu einem Kreisverbande auch weiter zulässig. Der Landesauschuss wählt weiter aus seiner Mitte den Landesverbandsvorsitzenden, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter, die den Verbandsvorsitzenden, Kammerrat Reichs-Baumeister Brandt, Dresden, und als dessen Vertreter Orlowski, Dresden, und Franz-Weiß, Chemnitz, werden.

\* Radefera. Drei angeblich Taubstumme, die aber nur taub waren, gingen in Ballroba von Haus zu Haus. Als sie von einem Besitzer als Gabe Brotkrumen erhielten, murksten und schimpften sie dazwischen, daß sie aus dem Hause gemietet werden mußten. Dabei saß der eine ein revolverartiges Instrument, das sich als eine Knallfingerring herausschleuderte, hielt sie dem Besitzer vor die Brust und verurteilte ihn einzuschüchtern. Mit Hilfe des telephonisch herbeigerufenen Gendarmen gelang es, die drei räuberischen Radefera auf Kleinmoldsdorfer Str. festzunehmen.

\* Dresden. Die Einwohnerzahl Dresdens mit Albertstadt beträgt nach dem amtlichen Fortschreibungsergebnis 610 700. — Heute Freitag, zwischen 12 und 1 Uhr mittags findet in Dresden zum ersten Male die von der Seilschneiderei veranstaltete Feldkämpferprüfung auf dem Altmarkte statt.

\* Grohshöna. Ein schweres Unglück ereignete sich auf der Staatsstraße am Breitenberge. Das Lastkraftwagen einer hiesigen Firma stieß mit einem Wagnsdorfer Geschirrauf, das vordrückt wurde und links fuhr. Einer der Kraftwageninsassen wurde aus dem Auto herausgeschleudert und lag an einem Baum, wodurch er sich starke Brustverletzungen auso, während der andere unter die Vorderbeine des Sattelwagens, in das das Auto mit voller Wucht hineingefahren war, zu liegen kam, aber bis auf einige Quetschungen und Quitturte unversehrt blieb. Das Sattelwagent wurde so stark beschädigt, daß es abgefahren werden mußte. Die Schuld an dem Unfall tragen der Aufführer und sein Begleiter, die betrunken waren und das Geschir achtlos laufen ließen. Das Auto ist vollständig zertrümmert.

\* Böha. Drei Notstandsarbeiter, die eine neue Sandgrube bei Ebersdorf in der Nähe der Schleuse ausbauen, fanden in etwa 10 Meter Tiefe ein verlassenes Geleitz, von dem verschiedene Knochenreste fehen. Vermutlich handelt es sich um die Leiche eines Soldaten, der in dem Gefechte gefallen ist, das zwischen Russen und Franzosen 1812 dort stattfand.

\* Chemnitz. Aus unbekannter Ursache hat sich in Laufe des gestrigen Vormittags die im Hause Döbner 98 wohnhafte 39 Jahre alte Vorarbeiterin Frau Helene Alma Kluge mit ihrem 9 Jahre alten Sohne in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftet.

\* Richtenstein-Gallenberg. In der Nacht zum Sonntag wurde auf der von Zwida führenden Straße ein Auto von ungefähr 20 jungen Burken überfallen. Nachdem das Auto gehalten hatte, schlugen die Burken auf die Insassen ein. Der Wagenführer wurde jedoch nicht angetroffen und vermochte den Verfolgerern zu entkommen. Die benachrichtigte Reichswehr konnte leider die Verbrecher nicht erwischen. Obermiesenthal. Am letzten Sonntag wurden bereits wieder die ersten Skiläufer gesehen, sogar die ersten Sprünge wurden an der Reibergschanze im Fußstich verübt.

\* Grimma. Ein Volkspolizei, wie heute die Ruff nach Brot geben muß; Schüler des Konseratoriums in Leipzig besuchen die umliegenden Dörfer und geben Konzerte um sich den nötigen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Eintrittspreis verlangen sie für eine Person 5 Pfund Kartoffeln oder 1 Pfund Getreide oder Mehl.

\* Großschönau. In einer der benachbarten Fluren war dieser Tage Jagen. Während des Jagens haben die Jäger, daß ein nicht zur Treiberkolonne gehörender Schuß, einen gefallenen Hahn aufschob und abschießte. Sofort schloß man den Spießhaken, der aber mit seiner Wunde schneller davonlief, als die Jäger ihm folgen konnten. Da haben diese einen Hahn entgegenkommen, dem man zurücknehmen Sie mal dem Jungen den Hahn weg! Prompt erlegte der Hahn den Jäger, nahm dem Jungen entgegen dem gemopften Hahn weg und — fuhr mit dem unerwarteten Jagdbeute beschleunigten Tempo davon. Wenn auch die Jäger zunächst lange Gelächter gemacht haben werden, so werden sie schließlich über den Willkür verächtlich gelacht haben.

\* M. g. l. n. Der am Mittwoch wegen Verhaftung des Mittäterlichen an dem Mord in M. g. l. n. verhaftete jugendliche Arbeiter S. a. l. n. hat seine Willkür gestanden und ein eingehendes Geständnis abgelegt. Aus seinen Aussagen geht hervor, daß Kurt Lorenz der Mörder und Mörder ist. Saalbach hat sich der Beihilfe schuldig gemacht. Er wurde von mehreren Landjägern, die ihn vor der Wut einer erregten Volksmenge schüßen mußten, dem Liebenwerder Amtsgerichtsfängnis zugeführt. — In der Entscheidung des Mittäterlichen und damit zur Ueberführung des noch immer leugnenden Kurt Lorenz kam es dadurch, daß der Landjägermeister Dittmann von Saalfeldensbeamten, die durch den eingehenden Bericht im Kreisblatt auf den Namen Lorenz aufmerksam geworden waren, erfuhr, daß S. vor einigen Tagen bei der Städtischen Sparkasse einige auf den Namen Lorenz lautende Schecks einzulösen verübt hat. Er folgte dieser Spur und stellte bei einer Hausdurchsuchung bei Saalbach fest, daß dieser ein Brief über die Liebenwerder Sparkasse war. Dem einbringlichen Jureben des Landjägermeisters gab S., der aufhört hartnäckig leugnete, nach und gestand, von Kurt Lorenz zur Beihilfe schuldig überredet zu sein. Der Unfall zur Tat sei bei S. darin zu suchen, daß er sich den Weg der überlieferten Willkür verschaffen wollte.

Müßtern. Hier wurden zwei geheime Funktionen politisch aufgehoben. Eine dritte soll noch im Betrieb sein und dürfte bald dasselbe Schicksal ereilen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. November 1923.

#### Die Rheinlandpläne von Jarres.

1) Berlin. Die gestrige Besprechung des Reichstags mit den Führern der Regierungsparteien ergab die Klärung einer Reihe von Mißverständnissen, die über die Pläne des Innenministers Jarres obwalteten zu haben scheinen. Diese Pläne gehen nicht auf eine Autonomisierung der Rheinlande hinaus, sondern Jarres wünscht nur ein gewisses Maß von Verhandlungsfreiheit für das Rheinland gegenüber den Belagungsmächten in der Frage der Wiederherstellung der Arbeit.

#### Der Reichsrat über Personalabbau und Versicherungswesen.

1) Berlin. Im Reichsrat erklärte der bayerische Gesandte von Weiser, die bayerische Regierung sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Verordnungen über den Personalabbau auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Bindung der Länder nicht zu schaffen vermöge. Die bayerische Regierung habe sich vor, den Personalabbau nach den Bedürfnissen ihres Landes durchzuführen. Sie sei bereit zu prüfen, in welchem Umfang in Bayern ein Personalabbau möglich sei, und sie werde sich mit der Reichsregierung über die Maßnahmen ins Benehmen setzen. Auf Antrag des preussischen Vertreters wurde unter Zustimmung von Weiser diese Erklärung dem Ausschuss überwiesen. In den Verhandlungen des Reichsarbeitsministers über die Versicherungspflicht in der Unfallversicherung wies der Vertreter der Provinz Niederschlesien Oberpräsident A. Dr. von Müntzer darauf hin, daß die Angehörigen, Kranten-, Alters- und Invaliditätsversicherung gegenwärtig den Versicherten unentgeltliche Beiträge auferlegen und im Versicherungsfalle nichts oder auch nur immer Unzureichendes bieten. Auf die vom Reich erhabene Forderung auf Erhöhung eines Abbaus oder zum mindesten von Vorkontingenzen für den Fall des Zusammenbruchs erwiderte Ministerialdirektor Grieser, die Mithände im Versicherungswesen seien eine Folge der hemmungslosen Geldentwertung. Diese sei aber vorübergehend und daraus könne für die Dauer der Sozialversicherung keine Folgerung abgeleitet werden. Die Reichsregierung sei überzeugt, daß die Sozialversicherung gehalten werden könne und müsse. Die Frage einer Reform der Sozialversicherung werde dann dem Ausschuss überwiesen. Gegen eine Verteilung der Mittel für die Weiterbildung der Brauereiarbeiter erhob von Weiser Widerspruch, weil der Verteilungsschlüssel für Bayern ungünstig sei. Der Reichsrat genehmigte aber die Verteilung durch Mehrheitsbeschluß.

#### Ein französischer Verfassungsentwurf gegen Stinnes?

1) Paris. Laut „Intransigeant“ hat General Deputies geteilt den Entwurf erhalten, Stinnes zu verhaften. (Eine Behauptung dieser sensationellen Meldung liegt bisher noch nicht vor.)

### Vermischtes.

**Russischflakatastrophen in Polen.** Ein Rettungsflugzeug stürzte infolge einer Motorbeschädigung auf der Höhe von 1500 Metern auf das Drangenhaus des Lazarett-Parkes in Warschau. Der Pilot, Leutnant Saczenpanski, wurde getötet. Gleichzeitig ereignete sich ein zweiter ähnlicher Unfall in Thorn, wo die Gondel eines Militärballons durch Luftdruck zerbrach und aus einer Höhe von 600 Metern herabstürzend wurde. Drei Fliegeroffiziere erlitten den Tod.

**Der längste Tunnel der Welt.** Die Ausdehnung des Londoner U-Bahnuntergrundes, die man nach englischen Blättern jetzt in Angriff nimmt, wird der Hauptstadt den längsten Tunnel der Welt bringen. Es handelt sich um eine Erweiterung der City and South London-Linie, die sich heute auf mehr als sieben Meilen erstreckt, über Euston nach Norden. Dadurch wird, wenn das Werk, wie projektiert, 1925 fertig sein wird, ein Tunnel geschaffen, der über 15 (engl.) Meilen gehen wird. Das ist die größte Tunnelänge der Welt und schlägt den Simplontunnel, der die Alpen nur auf zwölf Meilen durchbohrt. Der längste bis jetzt in London bestehende Tunnel — auf der Piccadilly-Linie der U-Bahn — erstreckt sich auf acht bis neun Meilen. Auch die Londoner verfallenden Dampfmaschinen verfahren durch Tunnel, von denen der längste in der Stadt aber nur 1,25 Meilen mißt.

**Die Sprache ohne Worte.** Es ist sehr wahrscheinlich, daß in der Entwicklung der Menschheit die gegenwärtige Verständigung lange Zeit ganz allein durch sichtbare Zeichen erfolgte. Diese Zeichen der Urzeit sprachen miteinander durch Bewegungen der Arme, der Gesichtsmuskeln oder anderer Körperteile, bis dann allmählich mit der Ausbildung des Sprachencentrums im Gehirn das Lautwort die unbestimmte Vorkommenschaft in der Sprache erlangte. Aber die Bewegungssprache ist damit nicht völlig ausgeschaltet, sondern sie begleitet auch heute noch die Sprache des Mundes, indem sie sie verstärkt, glückt und untreuer macht. Diese Gebärdenprache ist von besonderer Wichtigkeit für die Taubstummen. Ihre Bedeutung wird von Alb. Paul

Dirich in einem inhaltreichen Werk „Die Gebärdenprache des Hörenden und ihre Stellung zur Lautsprache“ behandelt. Der hörende Mensch braucht alles, was sich in seinem Vorstellungsbild als ein für die sichtbare Vorstellung geeignetes oder als Symbol erkanntes Objekt darbietet, durch Gebärden aus. Es gibt also eine Gesamtheit, die mit dem ganzen Körper dargestellt wird; es gibt Einzelgebärden, die den Eindruck von Reizen auf die Sinne widerspiegeln; es gibt Fingergestalten, Körpergestalten, Tätigkeitsgebärden, abstrakte Gebärden usw. Es gibt Gebärden, deren Bedeutung enger ist als die eines Wortes; andere wieder decken sich mit der Bedeutung der Lautsprache, noch andere sind weiter gefaßt. Die Gebärden des Hörenden gibt für die Bedeutung der meisten Worte Ausdruck; ausgeschlossen scheinen nur die Fingergestalten und Partikeln zu sein. Die Gebärdenprache ist reichhaltiger als die Lautsprache; sie besitzt aber auch eine besondere Grammatik, die in manchem an die unserer Wortsprache anknüpft. Die Gebärden kann allein oder in Verbindung mit der Lautsprache auftreten; sie spielt für die Erlernung der Lautsprache eine erhebliche Rolle. Deshalb sollte diese Gebärdenprache, die der normale Mensch nicht beachtet und die nur im Unterricht der Taubstummen ihre hohe Bedeutung hat, auch beim normalen Unterricht mehr berücksichtigt werden. Der normale Mensch wird die Lautsprache leichter erlernen, wenn er zugleich auf die das Wort begleitende Gebärden hingewiesen wird.

Wie die „Schwimmende Universität“ zu Wasser wurde. Eine amerikanische Finanzgruppe in Nord-Carolina kam vor einem halben Jahre auf den acht amerikanischen Gedanken, eine schwimmende Universität zu gründen. Ein großes, eigens für diesen Zweck hergerichteter Schiff sollte all die verschiedenen Laboratorien, Institute und sonstigen Einrichtungen enthalten, die der wissenschaftliche Betrieb einer Universität erfordert. Das Universitäts-Schiff sollte mehrere Jahre lang auf den verschiedensten Meeren kreuzen, mal hier und mal dort in den verschiedensten Ländern anlegen und seine Studien betreiben. Man vertrat sich von einem solchen Universitäts-Schiff große Erfolge. Die Studenten, so glaubte man, würden sich auf diesem Schiffe ganz anders auf ihre Studien konzentrieren können als in irgend einer Stadt mit ihren Ablenkungen und Verlockungen. Außerdem müßten sie durch den ständigen Aufenthalt in fremden Ländern sehr viel besser und tiefer in das Wesen fremder Sprachen und Völker eindringen können. Und nicht zuletzt erhoffte man — und das ist wiederum echt amerikanisch — daß diese schwimmende Universität auch eine gute Lebensschule sein und ihren Schülern die für den heutigen Wettbewerbskampf nötige Respektabilität beibringen würde. Die Vorbereitungen für die Universität waren schon sehr weit gediehen, man hatte von der amerikanischen Marine einen großen Transportschiff „Loran“ gekauft, bereits ein geeignetes Professorenkollegium zusammengestellt, und hatte auch die nötige Anzahl von Studenten zusammen. Man ging mit den kühnsten Hoffnungen daran, die gelehrte Menschheit auf den Schiff zu verladen und dieses auch sonst für seinen Zweck herzurichten. Da mußte man aber die traurige Entdeckung machen, daß das Schiff ein ganzlich veralteter Kolben und für den geplanten Zweck vollständig unbrauchbar sei, wenn man nicht ungeheure Summen für einen völligen Umbau aufbringen wollte. Nun hat man den ganzen Plan vorläufig aufgegeben und ist mit einigen Abbruchstimmen in Verhandlungen eingetreten, um aus dem alten Eisen des Schiffes wenigstens einen Teil der nicht unbedeutlichen Kosten, die bisher aufgewandt sind, zu retten.

### Kunst und Wissenschaft.

**Wochenplan der Sächsischen Staatstheater.** Opernhaus: 18. „Der fliegende Holländer“, 7-9. 19. „Madame Butterfly“, 8-10. 20. neu einstudiert „Eulanes Geheimnis“, zum 1. Male (Aufführung), Die Höhle von Salomanka, 1/8. 21. „Hörig Odunow“, 7-10. 22. „Carmen“, 7-9. 23. 3. Sinfoniekonzert, Reihe A, 8. vorm. 12. Öffentliche Hauptprobe. 24. „Eulanes Geheimnis“, 12. Öffentliche Hauptprobe. 25. „Das Rheingold“, 7-9. 26. „Der Barbier von Sevilla“, 8-10. Schauspielhaus: 18. außer Anrecht „Die Nibelungen“ (Der gebürtige Siegfried, Siegfrieds Tod, 7-11. 19. Anrechtreihe B „Siriil am Wald“, 8-10. 20. Anrechtreihe B „Die verurteilte Blode“, 7-10. 21. Anrechtreihe B „Die verurteilte Blode“, 7-10. 22. für den Verein Dresdener Volksbühne „Baumelster Soluch“ (kein öffentlicher Kartenaussatz), 7 bis 9. 23. Anrechtreihe B „Siriil am Wald“, 8-10. 24. Anrechtreihe B „Macbeth“, 7-9. 25. außer Anrecht „Die Braut von Messina“, 7-9. 26. Anrechtreihe A „Improvisationen im Juni“, 1/8-1/10.

### Zurück, Sport und Spiel.

**Viktoria Leipzig** hat das Spiel für Sonntag wieder abgelehnt. Die Vereinsleitung vom VfL ist demütigt, einen anderen Gegner von Ruf für Sonntag zu verpflichten. Näheres morgen.

### Volkswirtschaftliches.

**Berliner Vorbereitungen am Donnerstag.** In Berliner Finanzkreisen ist man der Meinung, daß der Währungs-Kommisariat eine weitere Erhöhung der Devisenkurse im Laufe dieser Tage vornehmen werde, um zu verhindern, daß im

Inland das Goldmarkpreisniveau des Warenmarktes durch abweichende Erhöhung des Goldpreises und des Multiplikators noch weiter in die Höhe getrieben wird. Im Ausland liegt die deutsche Mark seit gestern etwas schwächer, was jedenfalls mit der Erörterung über das Rheinland und Rubrenen zusammenhängt. Mit großer Sorge verfolgt man in der Reichshauptstadt den Gang der Verhandlungen der Vertreter des Ruhrverbandes mit der Meuse. Ansehend gehen die Franzosen darauf hinaus, die Kosten der Ruhrbefreiung auf die deutsche Industrie abzuwälzen. Sie sind offenbar gewillt, die mangelnde Auffüllung der deutschen Vorkasse durch ein Diktat zu erlangen. Die Goldmarkpreise gestaltes sich heute vormittag sehr ungleichmäßig. Im allgemeinen ist Geld knapp, doch bieten einige Stellen in verhältnismäßig niedrigen Kursen 6 bis 5%, reichlich Geld an. Die Tendenz der Effekten kann als widerstandsfähig bezeichnet werden.

**Die Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft.** Der Vorstand und das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben sich in ihrer letzten Sitzung für eine sofortige Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft ausgesprochen und, wie der Telegramm-Union mitgeteilt wird, folgende Entschlüsse gefaßt: Deutschlands Wirtschaftsleben muß von allem unnötigen Ballast befreit werden. Insbesondere müssen Draumlösungen, die nicht imstande sind, die Verteilung zu fördern, verfallen. Das deutsche Wirtschaftsleben, vertreten durch Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie, erlauben dabei die Reichsregierung, in einem Zeitpunkt, in dem von den Bergleuten zur Verbilligung der deutschen Rohle Mehrarbeit erwartet wird, um sofortige Aufhebung des Reichskohlenkommissariats und des Gesetzes vom 23. März 1919 über die Kohlenzwangswirtschaft.

### Marktberichte.

**Dresdener Schlachtviehmarkt am 15. November.** Kufzisch 1. Rinder: 5 Ochsen, 1 Wulle, 16 Kühe; 2. 105 Rinder; 3. 6 Schafe; 4. 66 Schweine, einschließlich 45 Ferkel. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gebracht: 35 Rinder 57 Rinder, 15 Schafe, 192 Schweine, einschließlich 134 Ferkel 55 holländische Schweine und 16 Ferkel. Preise in Milliarden Mark für 1/2, Kilogramm für Lebend- und im Durchschnitt für Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 340 bis 350 (327), 2. junge, fleischige, nicht ausgewählte, ältere ausgewählte —, 3. mäßig gewordene jung, gut gewordene ältere 200 bis 210 (436). Rinder und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren —, 2. vollfleischige, ausgewählte Rinde höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren —, 3. ältere ausgewählte Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Rinder 230 bis 250 (533), 4. gut gewordene Kühe und mäßig gewordene Rinder —, 5. mäßig und gering gewordene Kühe und gering gewordene Rinder 180 bis 200 (559). Rinder: 1. Doppelfleisch —, 2. beste Maß- und Saugkälber 400 bis 500 (700), 3. mittlere Maß- und gute Saugkälber 350 bis 420 (727), 4. geringe Rinder 300 bis 360 (600). Schafe: 1. Vollwolle und jüngere Maßschafmüll 500 bis 540 (1040). Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 550 bis 570 (700), 2. Zettelschweine 580 bis 600 (738), 3. fleischige 500 bis 530 (587). Die Preise sind Marktpreise für mittleres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Staltpreise. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang bei den Rindern, Schafen und Schweinen gut. Bei Rindern wurde nicht notiert. Heber Rinder: 7 Rinder.

**Deutscher Dollarkurs (amtl.): 2526 000 000 000**  
Vergleichsbildung, ohne Gewähr.

### Wirtschaftszahlen für den 16. November 1923.

Eine Woche.	
1 Goldmark (Berliner Preis)	601 500 000 000 Papiermark
1 Goldpfennig	6 015 000 000 Papiermark
Goldbankauspreis	441 Tsd. z. B.
1 Monatsmarktsatz = 11 500 500 000 000 Mark	
Silberbankauspreis (1-Mark-Stück)	150 000 000 000
Goldmarkausgang	
zur Reichsregierung und Eisenbahntarif	600 000 000 000
Reichsdrückzahl	214 500 000 000
(Eisenbahn 1 1/2%)	
Sächsische Gesamtzahl (mit Bekleidung)	2 110 000 000 000
(Eisenbahn 1 1/2%)	
(Eisenbahn 1 1/2%)	
Großhandelsdrückzahl	202 000 000 000
(Eisenbahn 1 1/2%)	
(Eisenbahn 1 1/2%)	
Gegenwert des Goldmarkens	200 000 000 000
bei Auslandspostsendungen usw.	
Vergleichsbildung	
Es folgt ein Vergleich im Ortsverkehr	
im Fernverkehr bis 100 km	
ausgenommen nach dem Güterverkehrsvertrag für Reichsbahn	
Vorkurs: Ostpreußen	
Lettland	
Litauen	
Polen	
Rumänien	
Serbien	
Tschechien	
Ungarn	
Vergleichsbildung	

### Amtliches.

**Sonntag, den 17. November 1923**  
vormittags 9 Uhr  
kommen im Stadtort eine Anzahl Eichen- und Erlenplanken, sowie Altkreuzbalken meistbieten zur Versteigerung. Bedingungen werden vorher bekannt gegeben. Treffpunkt: Brücke an der Jahn-Workreitreppel.

**Der Rat der Stadt Riesa, am 15. November 1923.**  
Der Verkauf von Gas- und Wasser-Gutscheinen findet von jetzt ab nur noch Montag bis mit Donnerstag vormittags von 8-12 Uhr statt.  
Der Rat der Stadt Riesa, den 16. November 1923.

### Kirchennachrichten.

25. Trinitatissonntag 1923.  
Riesa, 9 Uhr Predigt über Offb. 7, 9-17 (P.), 1/11 Uhr Abendgottesdienst (P.) Montag Großmutterverein.  
Gröden, 9 Uhr Kirchweihpredigt (St.), 1/11 Rindergottesdienst.  
1/8 Bibelabend Di. fr. 7 Morg.-Kad. Rittm. Dufftag  
9 U. (St.) 5 Abendmahl. Do. abends 8 Bibelstunde.

**Gasthof Jahnshausen.**  
Sonntag Kirchweihfest und Ball von 4 Uhr an  
Montag Konzert und Ball. Beginn 7 Uhr.

### Gasthof Münchritz.

Sonntag (1. Armeeferien) 5 Uhr  
**feine Ballmusik.**  
Montag (2. Armeeferien)  
**großes Extra-Konzert**  
ausgeführt von der gel. Großenhainer Stadtkapelle.  
Leitung: Herr Stadtmusikdirektor C. Wed.  
Vorzüglich gewähltes Programm.  
**Nachdem feiner Ball.**  
Aufgang 7 Uhr.  
Ergebenst ladet ein **Max Rensch.**

**Alle-Brille's, Steintohlen-**  
**lots, Rohoble**  
**la Riefernsteine**  
in beliebiger Menge, auch im Umtausch gegen  
Landw. Erzeugnisse, offeriert  
**Hans Ludewig, Gröba.**

**Gr, Sie und Hamlet!**  
Laden ohne Ende in  
dem Lichtspieltheater  
Hotel Götter nur noch  
heute und morgen.  
Dann „Gr“!!!???

### Konzert

Sonabend, den 17. Nov. 1923, 8 Uhr, Stern  
**Angela Kolina - Hermann Ruffschach**  
Chorverein - Leitung: Iwan Schönebaum.  
Pünktlicher Beginn - Programmzug!  
Saal gebietet.

### Heimatschutzvorträge.

Vorverkauf bis Sonntagabend 6 Uhr bei  
Photograph Werner, Goethestraße 81.  
Karte, gültig für alle 5 Vorträge, 500 Marktd.  
Markt, ab Montag höhere Preise.

### Gausmädchen

n. u. 18 Jhr. f. fof. od. 1. Des.  
gef. weg. Erkrant. d. heiligen.  
Mar Barthel Nachf.  
24 J. Mädchen, im Blättern  
n. Naben bewandert, sucht  
Stellung, am liebsten auf  
ein Gut. Off. m. Gehalts-  
angabe an Hrl. O a a f e,  
Rassebblid. d. Großenhain

### Euche 1 Fretchen

an kaufen. Off. m. Preis an  
Otto Schöne, Raisenstein  
i. V. Hotel Stadt Waldau.

### Gasthof Müllitz.

Sonntag: Weiner Ball.

### Gasthof Naacwitz.

Sonntag: Ballmusik.

### Gasthof Grödel

Sonntag, 18. November  
Öffentliche Ballmusik.

### Gasthof Radewitz.

Sonntag und Montag  
Armeeball.

### Gasthof Mautitz.

Sonntag, 18. November  
feiner Armeeball.  
Dazu ladet freundlich ein  
Höber.  
Die heutige Nr. umfaßt  
4 Seiten.